

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

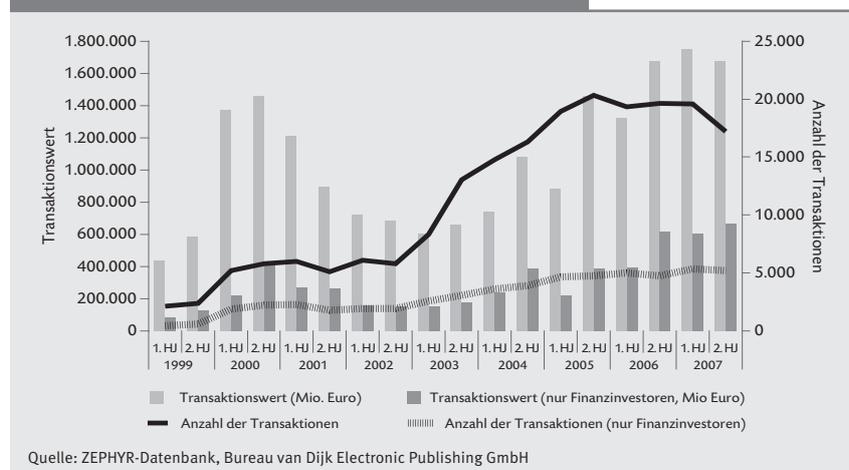
Firmenübernahmen verringern Wettbewerb auf Technologiemarkten

Fusionen und Übernahmen (Mergers and Acquisitions, M&A) erhöhen nicht nur die Konzentration auf Produktmärkten und verringern damit den Wettbewerb zulasten der Nachfrager, sie führen vielmehr auch zu einer Bündelung wichtiger Technologien beim Käuferunternehmen. Dies kann die Entwicklung konkurrierender Technologien blockieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW, die 1.204 europäische M&A-Transaktionen in den Jahren von 1999 bis 2003 untersucht.

Während die Kartellbehörden im Fall eines Zusammenschlusses nahezu ausschließlich die potenziellen Auswirkungen auf Produktmärkte untersuchen, findet bislang die Konzentration auf Technologiemarkten kaum systematisch Berücksichtigung. Eine Möglichkeit zur Abwendung negativer Effekte könnte darin bestehen, die fusionierenden Unternehmen dazu zu verpflichten, ihre Technologien, etwa an Wettbewerber, zu lizenzieren. Allerdings stellt selbst dies hohe Anforderungen an die prüfende Behörde, muss sie doch eine fundierte Einschätzung über die mit der Transaktion erfasste, besonders relevante Technologie abgeben.

Die Studie differenziert darüber hinaus zwischen Übernahmen, die von strategischen Investoren beziehungsweise von Finanzinvestoren durchgeführt werden. Danach zeigen sich die Konzentrationseffekte von Technologien ausschließlich bei den strategischen Investoren, die gezielt den Wett-

Weltweite M&A-Aktivitäten seit 1999



Quelle: ZEPHYR-Datenbank, Bureau van Dijk Electronic Publishing GmbH

Käuferunternehmen identifizieren laut der ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-066) gezielt solche Technologien bei potenziellen Zielunternehmen, die aufgrund eines bestehenden Patentes die technologische Entwicklung bei Wettbewerbern blockieren können. Dies kann zu einer monopolartigen Stellung des durch die Fusion entstandenen Unternehmens führen. So verringert sich nicht nur der Wettbewerb auf Produktmärkten, sondern auch auf den vorgelagerten Technologiemarkten. Fusionen tragen damit dazu bei, innovative technologische Designs von Wettbewerbern zum Schaden der Konsumenten

zu verhindern. Ein Beispiel für eine solche Konzentration stellt die pharmazeutische Industrie dar, die in den vergangenen Jahren immer wieder mit spektakulären Fusionen und Übernahmen für Aufsehen sorgte. Hier können M&A-Transaktionen dazu führen, dass eine ganze Reihe bedeutsamer Wirkstoffkombinationen in einem Therapiefeld in die Hand eines einzigen Unternehmens gelangt. Wettbewerbsunternehmen könnten, auch vor dem Hintergrund der überaus hohen Entwicklungskosten für neue Arzneimittel, in diesem Therapiefeld weitgehend von der Entwicklung ausgeschlossen werden.

IN DIESER AUSGABE

Firmenübernahmen verringern Wettbewerb auf Technologiemarkten	1
Aktienmärkte 2008: Deutschland und Vereinigte Staaten mit wenig Potenzial	2
Bahnstreik ohne dauerhafte Folgen	3
Selbstproduktivität in früher Kindheit	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	5
ZEW intern, Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

bewerb beeinflussen wollen. Finanzinvestoren zeigen zwar ein deutliches Interesse an den Technologien des Zielunternehmens insgesamt, nicht jedoch an solchen Technologien, die Wettbewerbstechнологien blockieren können. Grund hierfür ist, dass Finanzinvestoren meist nicht über ein eigenes Technologieportfolio verfügen und das Zielunternehmen nach der Übernahme weitgehend unabhängig bleibt. Finanzinvestoren, das sind vor allem Private-Equity-Investoren, machen einen Anteil von etwa 30 bis 50 Prozent der weltweiten M&A-Aktivitäten aus. Dies lässt darauf schließen, dass strategische In-

vestoren und Finanzinvestoren unterschiedliche Investmentstrategien verfolgen.

Einen weiteren Hinweis auf unterschiedliche Suchkriterien nach potenziellen Akquisitionszielen liefert die Profitabilität der Zielunternehmen. So legen strategische Investoren Wert auf bereits profitabel arbeitende Unternehmen, während dies für Finanzinvestoren nicht von Interesse ist. Der Grund hierfür könnten Maßnahmen zur Steigerung der Profitabilität sein, die der Finanzinvestor nach dem Kauf in sehr viel stärkerem Umfang durchsetzen kann als ein strategischer Investor.

Weiterhin zeigt sich, dass Finanzinvestoren fehlendes Technologiewissen bei der Einschätzung potenzieller Zielunternehmen durch Akquisitionserfahrung kompensieren können. Im Gegensatz dazu haben Faktoren wie der Verschuldungsgrad des Zielunternehmens oder das Alter keinen Einfluss in den Akquisitionsstrategien der Investoren. Insgesamt zeigt sich, dass die technologische Dimension bei Firmenübernahmen durch die Kartellbehörden in höherem Maße als bisher systematisch berücksichtigt werden sollte.

*Dr. Christoph Grimpe, grimpe@zew.de
Prof. Dr. Katrin Hussinger, hussinger@zew.de*

Aktienmärkte 2008: Vereinigte Staaten und Deutschland mit Aufwärtspotenzial

Bei den Leitindizes des deutschen und US-amerikanischen Aktienmarkts, Dax und Dow Jones, ist bis Ende 2008 mit geringem Aufwärtspotenzial gegenüber dem Jahresbeginn zu rechnen. Gleichzeitig wird auch im kommenden Jahr die Euro-Stärke andauern. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage unter rund 230 Finanzmarktexperten, die das ZEW im Dezember 2007 durchgeführt hat.

Im Durchschnitt gehen die befragten Analysten zum Jahresende 2008 für den Dax von einem Stand von 8.156 Punkten aus. Diese Schätzung würde beim Dax einem Kursanstieg von 1,10 Prozent gegenüber dem Stand von 8.067 Punkten zum 1. Januar 2008 entsprechen. Beim Dow Jones wird das Potenzial durchschnittlich auf 13.525 Punkte zum Jahresende geschätzt, am 1. Januar 2008 stand der Dow Jones bereits bei 13.265 Punkten. Daraus resultiert eine Veränderungsrate von 1,96 Prozent für US-amerikanische Titel im Jahresverlauf. Das sind vergleichsweise zurückhaltende Erwartungen, wenn man sich

vor Augen führt, dass im Jahr 2007 die Zuwachsrate der Aktien der am Dax notierten Unternehmen rund 22 Prozent betrug und die am Dow Jones notierten Unternehmen um 6,5 Prozent zulegten.

Die Verteilung der Antworten um die berechneten Mittelwerte war allerdings nicht symmetrisch. So fielen die Nennungen zum erwarteten Stand des Dax' mit einem Anteil von 35 Prozent am häufigsten in das Intervall zwischen 8.400 und 8.600 Punkten. Für den Dow Jones konzentrierten sich die Antworten mit 22 Prozent auf den Bereich zwischen 13.800 und 14.100 Punkten.

Die Experten erwarten, dass sich das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) des Dax für 2008 durchschnittlich auf 14,2 belaufen wird, Aktien des Dow Jones dagegen sollten mit 16,3 etwas mehr kosten. Nach Meinung der Experten werden die beiden Aktienindizes im Vergleich zu 2007 nur geringfügig teurer werden.

Um das Wechselkursrisiko von Anlagen in US-amerikanischen Titeln abzuschätzen, wurden die Experten nach ihren Erwartungen für die Wechselkurs-

entwicklung befragt. Ihrer Einschätzung zufolge wird zum Jahresende 2008 ein Euro 1,44 US-Dollar wert sein. Bei einem Wechselkurs von 1,46 US-Dollar zum Jahresbeginn 2008 wird die US-amerikanische Währung schwach bleiben.

Gewichtung im Portfolio

Die Experten äußerten sich weiter zu ihrer Gewichtung der Anlageklassen US-Aktien, Rohstoffaktien und Staatsanleihen in ihrem Portfolio für die Jahre 2007 und 2008. Die Berechnung der Veränderungen im Vergleich der beiden Jahre zeigt, dass die Experten ihren Anteil an US-Aktien im kommenden Jahr durchschnittlich um einen Prozentpunkt verringern wollen. Ebenso sollen Rohstoffaktien um 0,35 Prozentpunkte geringer gewichtet werden. Hingegen möchten sie Staatsanleihen im Jahr 2008 zunehmend als sicheren Hafen nutzen, denn für diese Anlageklasse steigt die Portfoliogewichtung um 2,21 Prozentpunkte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Bahnstreik ohne dauerhafte Folgen

Im Güterverkehr ist mit einer dauerhaften Abwanderung einer größeren Anzahl von Bahnkunden zu Lkw oder Binnenschiff aufgrund des Streiks der Lokführer der Deutschen Bahn nicht zu rechnen. Dies ist ein Ergebnis einer Sonderfrage zum Thema „Folgen des Bahnstreiks im Güterverkehr“ des aktuellen TransportmarktBarometers ProgTrans/ZEW, einer Befragung von 300 Spitzenkräften aus Transportunternehmen und der verladenden Wirtschaft zu ihren Erwartungen bezüglich der Entwicklung von Preisen und Transportaufkommen im kommenden halben Jahr, die ProgTrans AG, Basel, und das ZEW im vierten Quartal 2007 durchgeführt haben.

Die Fronten in der Tarifauseinsetzung zwischen der Deutschen Bahn AG (DB AG) und der Gewerkschaft deutscher Lokführer (GDL) beschäftigen die deutsche Wirtschaft seit September 2007. Der Wunsch der Lokführer nach einem eigenständigen Tarifvertrag führte seither vereinzelt zu kurzen Streiks, die nach dem Urteil des Chemnitzer Landesarbeitsgerichts im November 2007 auf den Güterverkehr ausgeweitet wurden. Die beiden Streiks im Güterverkehr wurden frühzeitig angekündigt, so dass sich die verladende Industrie und die Transportwirtschaft auf die Folgen eines Streiks einstellen konnten. Einige Unternehmen bauten rechtzeitig ihren Lagerbestand auf, andere verlagerten Transportvolumen auf intra- und intermodale Wettbewerber der DB AG.

Streik: Überschaubare Kosten

Die Kosten, die mit derartigen Ausweichreaktionen verbunden sind, dürften sich in einem überschaubaren Rahmen bewegen. In den Medien wurde hingegen auf die dramatischen Folgen eines Bahnstreiks hingewiesen. Verschiedene Verbände und Experten bezifferten die volkswirtschaftlichen Kosten eines Streiks auf 50 Millionen Euro bis 2 Milliarden Euro pro Streiktag. Zur Versachlichung der Diskussion trug der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. bei, der darauf verwies, dass ein Streik im Schienengüterverkehr das in den vergangenen Jahren verbesserte Image der DB AG nachhaltig beschädigen und die verladende Industrie aufgrund der Unsicherheit auf andere Verkehrsträger ausweichen könnte.

Eine Sonderfrage des Transportmarkt Barometers von ProgTrans/ZEW zwischen Ende Oktober 2007 und Ende November 2007 beschäftigte sich mit dieser möglichen Verkehrsverlagerung. Beide Streiks im Güterverkehr lagen im Erhebungszeitraum. Die Befragungs-

der DB AG auf dem ursprünglichen Niveau wiederfinden. Nur 12,6 Prozent der Befragten gingen davon aus, dass ein Bahnstreik zu einem nachhaltigen Umdenken in der Verkehrsmittelwahl führt. Ebenso groß ist der Anteil derer, die keinen Einfluss des Streiks auf die Verkehrsmittelwahl sehen.

Dabei unterscheidet sich das Antwortverhalten der befragten Experten vor und nach der ersten Streikankündigung am 2. November 2007 deutlich. Während vor der ersten Streikankündigung noch 17,7 Prozent keinerlei Verlagerungstendenzen erwarteten, verringerte sich danach der Anteil dieser

Auswirkungen des Lokführerstreiks auf den Schienengüterverkehr

	insgesamt	verladende Industrie	Transportwirtschaft	vor Streikankündigung	nach Streikankündigung
(a) keine Verlagerung	12,6%	15,3%	9,8%	17,7%	10,2%
(b) vorübergehende Verlagerung auf private Bahnen	18,9%	22,3%	17,7%	19,6%	22,0%
(c) vorübergehende Verlagerung auf Lkw oder Binnenschiff	55,9%	52,5%	58,8%	52,9%	52,5%
(d) nachhaltige Verlagerung auf Lkw oder Binnenschiff	12,6%	11,9%	13,7%	9,8%	15,3%

Quelle: ZEW

teilnehmer konnten zwischen vier Antwortalternativen auswählen; der (drohende) Lokführerstreik führt (a) zu keiner Verlagerung, (b) zu einer vorübergehenden Verlagerung auf private Wettbewerber der DB AG, (c) zu einer vorübergehenden Verlagerung auf den Lkw oder das Binnenschiff und (d) zu einer nachhaltigen Verlagerung auf den Lkw und das Binnenschiff.

Die befragten Experten schätzten den Einfluss eines Bahnstreiks auf die DB AG nüchtern ein. Die absolute Mehrheit (75 Prozent) rechnete mit einer kurzfristigen Verlagerung der Verkehrsaufkommen. Nach Abschluss eines neuen Tarifvertrags wird sich die Nachfrage nach Transportdienstleistungen

Gruppe um etwa 7 Prozentpunkte. Der Anteil derer hingegen, die mit einer nachhaltigen Verlagerung rechneten, nahm um 5,5 Prozentpunkte zu.

Die Ergebnisse dieser Sonderumfrage des TransportmarktBarometers zeigen, dass die Diskussion um den Lokführerstreik und dessen Folgen stark emotional geprägt war. Nachdem mittlerweile der Durchbruch in den Verhandlungen erreicht zu sein scheint, zeigt sich, dass die publizierten volkswirtschaftlichen Kosten eher als Argumentationshilfsmittel in den Verhandlungen diente, als dass sie den tatsächlichen Schaden für die Volkswirtschaft darstellten.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Selbstproduktivität in früher Kindheit

Das ZEW hat mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft den Zusammenhang zwischen bereits erworbenen Fähigkeiten und dem Erwerb neuer Fähigkeiten vom Zeitpunkt der Geburt bis zum Alter von drei Jahren untersucht. Ist dieser Zusammenhang positiv, spricht man von Selbstproduktivität. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Kinder, die schon sehr früh in ihrem Leben mit höheren kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten ausgestattet sind, in den ersten drei Lebensjahren beim Erwerb zusätzlicher Fähigkeiten vorne liegen. Investitionen der Eltern in die Entwicklung ihrer Kinder begünstigen deren Erwerb von Fähigkeiten zusätzlich.



Nach Erkenntnissen der Humankapitalforschung sind die ersten Lebensjahre entscheidend für den Erwerb und die Entwicklung von Fähigkeiten. Kinder entwickeln in dieser Phase kognitive Fähigkeiten wie sprachliche und logische Fähigkeiten und nichtkognitive Fähigkeiten wie Integrationsfähigkeit und Persistenz. Die frühe Kindheit hat aufgrund der kumulativen Eigenschaften des Erwerbs von Fähigkeiten – das heißt aufgrund der Selbstproduktivität – langfristige Auswirkungen unter anderem für den Erfolg in der Schule und im Arbeitsleben. Benachteiligte Kinder haben es schwer, Versäumnisse aus dieser Zeit in ihrem Leben aufzuholen.

Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-053) untersucht die Entwicklung von Fähigkeiten vom Zeitpunkt der Geburt bis zum Alter von drei Jahren mit den Mutter-Kind-Stichproben aus dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP). Neben dem Geburtsgewicht der Kinder nutzt die Studie Einschätzungen der Mutter zu kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten zu verschiedenen Zeitpunkten in der frühen Kindheit. In der Stichprobe beträgt der Anteil der Neu-

geborenen mit einem Geburtsgewicht von weniger als 2.500 Gramm sieben Prozent. Kinder mit einem solch niedrigen Geburtsgewicht scheinen geringere nichtkognitive Fähigkeiten und eine schlechtere Gesundheit bis zu einem Alter von 18 Monaten zu besitzen.

Einfluss des Geburtsgewichts

Den Schätzergebnissen zufolge führt ein um 10 Prozent höheres Geburtsgewicht zu einer Verbesserung der nichtkognitiven Fähigkeiten der Kinder um 3,1 Prozent und zu einer Verbesserung der Gesundheit um 4,6 Prozent bis zum Alter von 18 Monaten. Steigen die nichtkognitiven Fähigkeiten im Alter bis 18 Monate um zehn Prozent, verbessern sich die sprachlichen und nichtkognitiven Fähigkeiten der Kinder bis zum dritten Lebensjahr um 5,8 Prozent und die Alltagsfähigkeiten (beispielsweise selbstständig mit dem Löffel essen oder sich die Nase putzen) um 10,4 Prozent. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich anfängliche Ungleichheit aufgrund der Eigenschaft der Selbstproduktivität bis zum Ende der frühen

Kindheit fortsetzt – es sei denn, beispielsweise die Eltern kompensieren diese Ungleichheit.

So zeigt die ZEW-Studie weiterhin, dass elterliche Investitionen in die Entwicklung ihrer Kinder deren Erwerb von Fähigkeiten begünstigen. Eine angemessene Eltern-Kind-Interaktion und eine gute Unterstützung der Mutter durch den Vater tragen ebenso wie eine regelmäßige Ernährung dazu bei, die nichtkognitiven Fähigkeiten der Kinder zu verbessern. Dies wiederum fördert den Erwerb von verbalen und sozialen Kompetenzen sowie von Alltagsfähigkeiten im Alter bis zu anderthalb Jahren. Jede vierte Mutter berichtet über eine intensive Unterstützung durch den Vater, 89 Prozent aller Familien stellen regelmäßig eine warme Mahlzeit bereit. Etwa jedes fünfte Kind wird zwischen dem zweiten und dritten Lebensjahr institutionell mindestens halbtags betreut. Eine institutionelle Betreuung scheint die Alltagskompetenzen und sozialen Fähigkeiten des Kindes zu verbessern, jedoch keine Auswirkungen auf sprachliche Fähigkeiten im Alter von etwa drei Jahren zu haben.

Förderung benachteiligter Kinder früh starten

Laut ZEW-Studie scheint Selbstproduktivität etwa achtmal so viel zum Aufbau neuer Fähigkeiten von Kindern bis zum Alter von 18 Monaten beizutragen wie eine starke Unterstützung der Mutter durch den Vater. Mittelfristig wird damit der Einfluss der elterlichen Investitionen in die Entwicklung ihrer Kinder trotzdem sehr wichtig. Denn durch Selbstproduktivität tragen diese Investitionen nicht nur in einer Periode, sondern auch in der folgenden Periode und weiterhin ein ganzes Leben lang Früchte. Je früher also kompensierende Maßnahmen für benachteiligte Kinder starten, desto nachhaltiger wird ihr Erfolg sein.

Katja Coneus, coneus@zew.de
PD Dr. Friedrich Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Die Industrie im Spannungsfeld von Globalisierung und Klimawandel

Zu einem Vortrag über das Thema „Die Industrie im Spannungsfeld von Globalisierung und Klimawandel“ konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz im Dezember 2007 den Vorstandsvorsitzenden der ThyssenKrupp AG, Dr. Ekkehard Schulz, am ZEW begrüßen. Rund 200 Gäste waren der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt.

In Deutschland habe sich, so Schulz, die Lage der Unternehmen in den vergangenen Jahren merklich verbessert. Das gegenwärtige Wachstum sei zurückzuführen auf die anhaltend gute Weltkonjunktur und die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern aus den Schwellenländern, insbesondere aus Asien und dem Mittleren Osten. Hinzu komme die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf den Weltmärkten.

Auch verschoben sich die Gewichte in der globalen Wirtschaft zunehmend; Schwellen- und Entwicklungsländer gewannen an Bedeutung. Der weltweite Stahlmarkt zeige, so Schulz, die Verschiebung der Gewichte von den Industrienationen hin zu den Schwellenländern eindrucksvoll: Der Anstieg der weltweiten Stahlproduktion sei seit dem Jahr 2000 mehr als sechs Mal so groß gewesen wie in den zwei Jahrzehnten zuvor. Dieser Anstieg werde ausgelöst durch die zunehmende Industrialisierung der Schwellenländer, vor allem in Asien. China sei heute die bestimmende Größe auf dem Stahlmarkt. Sein Anteil an der Weltrohstahlproduktion habe sich von 15 Prozent im Jahr 2000 auf über 30 Prozent im Jahr 2006 mehr als verdoppelt.

Weltweite „Megatrends“

Der Wandel der Weltwirtschaft und die anhaltend hohe Nachfrage nach Stahl seien Folgen langfristiger globaler

Entwicklungen, so genannter Megatrends wie beispielsweise Bevölkerungswachstum, Urbanisierung oder Klimawandel und Ressourcenknappheit. Diese prägten das wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld auf Jahrzehnte hinaus. Nach Ansicht von Schulz sind Megatrends aber nicht nur Herausforderungen, sondern bieten zudem Chancen. Hier seien vor allem die Umwelttechnologien zu nennen. Gerade für Deutschland und auch für ThyssenKrupp böten sich auf dem Gebiet

der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für Ältere. Schulz zeigte sich besorgt darüber, dass die Wirtschaftspolitik zunehmend zum Risiko für die konjunkturelle Entwicklung 2008 und 2009 in Deutschland werden könnte.

Schulz mahnte indes an, sich nicht ausschließlich auf Deutschland zu konzentrieren, sondern den Standort Europa im Auge zu behalten. Er hob in seinem Vortrag drei Felder hervor, die Europa intensiv bearbeiten müsse, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Zu-



Dr. Ekkehard Schulz bei seinem Vortrag am ZEW.

Foto: ZEW

der Umwelttechnologien hervorragende Wachstumschancen. Für den Konzern, aber ebenso für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt gelte, dass Wachstum und Umweltschutz kein Widerspruch seien.

Zum Schluss seines Vortrags ging Schulz auf die Rahmenbedingungen in Deutschland ein. Er zeigte sich skeptisch hinsichtlich der Reformanstrengungen der Großen Koalition. Zwar seien die bisherigen Ansätze zur Unternehmenssteuerreform und die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung positiv gewesen, indes würden diese Reformschritte konterkariert durch Beschlüsse wie die Einführung von Mindestlöhnen und die Verlänge-

nächst müsse die Innovationsfähigkeit gesteigert werden. Ziel sei hier, Investitionen in FuE in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen und zu gewährleisten, dass die Zahl der Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Studienfächer steige. Weiterhin müsse eine sinnvolle Klimapolitik betrieben werden. Die Kohlendioxidemissionen müssten gesenkt, gleichzeitig aber die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewahrt werden. Zuletzt müsse der globale Wettbewerb fair gestaltet werden. Hier stünden der Abbau von Handelshemmnissen und die weitere Integration des transatlantischen Wirtschaftsraums im Vordergrund.

Katrin Voß, voss@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 11.2.2008 Plan- und Berichtswesen für das Risikomanagement
- 18.2.2008 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 19.2.2008 Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 20.2.2008 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 21.2.2008 Verrechnungspreise
- 3.3.2008 Risikomanagement und Risikomessung
- 4./5.3.2008 Zentralbankkommunikation und Finanzmärkte
- 31.3.-2.4.2008 Recursive Methods and Simulations in Macroeconomics
- 4.4.2008 Befragungen kompetent gestalten und durchführen

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-067, Marco Wölfle, Price Discovery for Cross-Listed Securities from Emerging Eastern European Countries.
 No. 07-068, Marcus Kappler, Projecting the Medium-Term: Outcomes and Errors for GDP Growth.
 No. 07-069, The International Study Group on Exports and Productivity: Exports and Productivity – Comparable Evidence for 14 Countries.
 No. 07-070, Bernd Fitzenberger, Wolfgang Franz, Oliver Bode: The Phillips Curve and NAIRU Revisited: New Estimates for Germany.
 No. 07-071, Michael Overesch: The Effects of Multinationals' Profit Shifting Activities on Real Investments.
 No. 07-072, Andrea A. Toole, Dirk Czarnitzki: Life Scientist Mobility from Academia to Industry: Does Academic Entrepreneurship Induce a Costly "Brain Drain" on the Not-for-Profit Research Sector?
 No. 07-073, Dirk Czarnitzki, Kornelius Kraft: Spillovers of Innovation Activities and Their Profitability.
 No. 07-074, Katja Coneus, Kathrin Göggel, Grit Mühler: Determinants of Child Care Participation.
 No. 07-075, Dirk Czarnitzki, Kornelius Kraft: Mitarbeiteranreizsysteme und Innovationserfolg.
 No. 07-076, Tobias Linzert, Sandra Schmidt: What Explains the Spread Between the Euro Overnight Rate and the ECB's Policy Rate?
 No. 07-077, Elke Wolf, Anja Heinze: How to Limit Discrimination? Analyzing the

Effects of Innovative Workplace Practices on Intra-Firm Gender Wage Gaps Using Linked Employer-Employee Data.
 No. 07-078, Katrin Hussinger: Inventors' Response to Firm Acquisitions.
 No. 07-079, Andrea Mühlenweg: Educational Effects of Early or Later Secondary School Tracking in Germany.
 No. 07-080, Tim Mennel, Maria Verna-nda Viécens: Latin Versus European Power – A Tale of Two Market Reforms.
 No. 07-081, Sebastian Hauptmeier: The Impact of Fiscal Equalization on Local Expenditure Policies – Theory and Evidence from Germany.
 No. 07-082, Matthias Köhler: Merger Control as Barrier to EU Banking Market Integration.
 No. 07-083, Patrick Beschorner: Entry Deterrence in Postal Service Markets.
 No. 07-084, Nicole Gürtzgen: Job and Worker Reallocation in German Establishments: The Role of Employers' Wage Policies and Labour Market Institutions.
 No. 07-085, Wolfgang Franz, Nicole Gürtzgen, Stefanie Schubert, Marcus Clauss: Reformen im Niedriglohnssektor – eine integrierte CGE-Mikrosimulationsstudie der Arbeitsangebots- und Beschäftigungseffekte.
 No. 08-001, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Ungleichheit und die differentiellen Erträge frühkindlicher Bildungsinvestitionen im Lebenszyklus.
 No. 08-002, Christoph Grimpe, Ulrich Kaiser: Gains and Pains from Contract Research: A Transaction and Firm-level Perspective.

ZEW INTERN

Drei neue Mitglieder im Aufsichtsrat des ZEW

Neu in den Aufsichtsrat des ZEW berufen wurden im Dezember 2007 Dr. Dietrich Birk MdL, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Professor Dietmar Harhoff, Ph.D., Universität München, Vorstand des Instituts für Innovationsforschung, Technologiemanagement und Entrepreneurship und Dr. Cornelia Ruppert, Finanzministerium Baden-Württemberg. Ausgeschieden aus dem Aufsichtsrat des ZEW sind: Dr. Rainer Hägele, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Prof. em. Dr. Egon Lorenz, Universität Mannheim, Norbert Schmitt, Finanzministerium Baden-Württemberg.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Henrik Winterhager

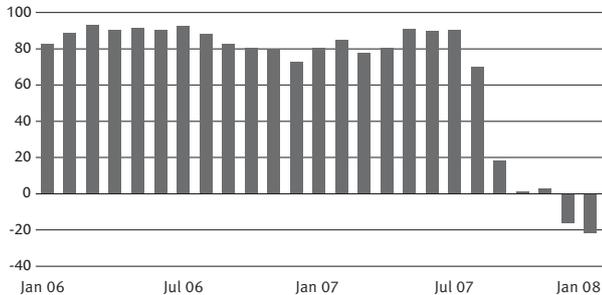
Öffentlich geförderte Vermittlung von Arbeitslosen

Die Vermittlung von Bewerbern und offenen Stellen wird bei der Senkung der Arbeitslosigkeit in Deutschland immer wichtiger. Im Mittelpunkt steht unter anderem die Wirksamkeit der öffentlichen Vermittlung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Seit das Vermittlungsmonopol im Jahr 1994 beseitigt wurde, sind verschiedene neue Instrumente eingeführt worden. Eine effiziente Vermittlung kann den Teil der Arbeitslosigkeit beeinflussen, der etwa auf Informationsdefiziten beruht. Insofern ist effiziente Vermittlung aus ökonomischer Sicht vielversprechend. In der vorliegenden Arbeit wird die öffentlich geförderte Arbeitsvermittlung aus theoretischer Sicht beleuchtet. Anschließend werden auf der Basis von umfangreichen Individualdatensätzen empirische Untersuchungen vorgenommen. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwieweit unterschiedliche Formen der funktionalen Privatisierung der Arbeitsvermittlung effektiv und wirtschaftlich sind.

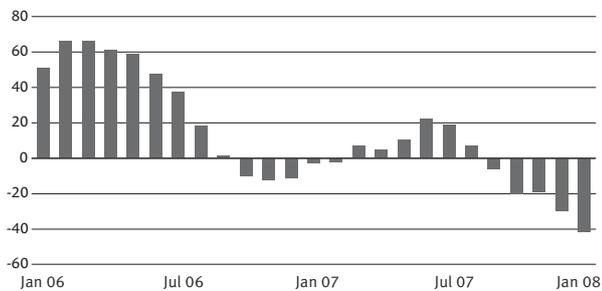
ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 84, Nomos-Verlag, 2007

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2008



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Analysten sehen Normalisierung der Inflation

Ersten Schätzungen zufolge liegt die jährliche Inflationsrate im Dezember bei 3,1 Prozent. Da die EZB 2,0 Prozent als Toleranzschwelle definiert, könnte man dringenden Handlungsbedarf der EZB vermuten. Die hohe Inflationsrate ist aber verursacht durch Preissteigerungen bei Energie und Nahrung, die stark schwankungsanfällig sind. Die Analysten meinen, dass sich die Inflationsrate in den kommenden sechs Monaten normalisiert. 60 Prozent von ihnen erwarten, dass die EZB ihre Politik der ruhigen Hand fortsetzen wird.

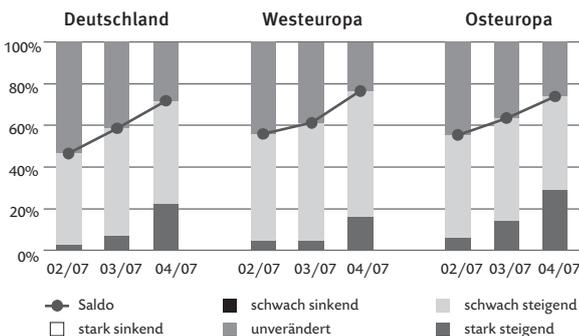
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Konjunkturerwartungen fallen weiter

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im Januar um 6,0 Punkte gefallen und liegen nun bei -41,7 Punkten. Der größte Risikofaktor für die konjunkturelle Entwicklung ist die Gefahr einer Rezession in den USA. Sie würde zusammen mit dem starken Euro die Exportwirtschaft schwächen. Daher wird sich die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten vor allem auf den Konsum stützen müssen. Allerdings sind die Konsumenten derzeit durch Preiserhöhungen bei Gütern des täglichen Bedarfs verunsichert.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Schienengüterverkehr wird teurer

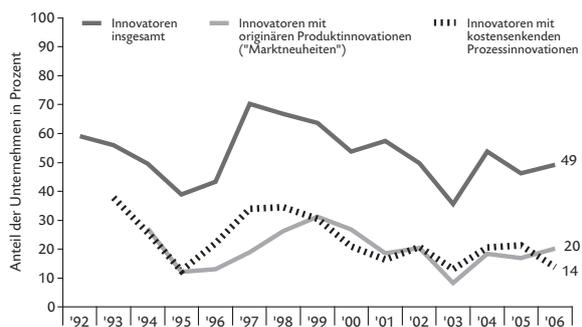


Quelle: ZEW

Im kommenden halben Jahr sehen die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW mehrheitlich einen Preisanstieg im Güterverkehr. Je nach Teilmarkt rechnen zwischen 45 und 60 Prozent der Experten mit einem leichten Preisanstieg, 15 bis 30 Prozent sogar mit einem Anstieg von mehr als 3 Prozent. Diese Preissteigerungserwartungen sind bedingt durch die gute Auslastung der Güterbahnen und die zu erwarteten Kostensteigerungen. Dabei sind nicht nur die höheren Lokführerlöhne, sondern auch die gestiegenen Energiekosten ausschlaggebend für diese Einschätzungen.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Ernährungs- und Tabakgewerbe: Marktneuheiten gewinnen an Bedeutung



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

In der Nahrungsmittel- und Tabakindustrie stieg im Jahr 2006 der Anteil der mit Innovationen erfolgreichen Unternehmen leicht auf 49 Prozent. Getrieben wurde die positive Entwicklung von einem höheren Anteil von Unternehmen, die Marktneuheiten – das heißt originäre Produktinnovationen, die noch kein anderes Unternehmen zuvor im Markt angeboten hatte – einführten. Mit 20 Prozent erreichte diese Quote wieder das Niveau der Jahre 2001/02. Der Anteil der Unternehmen mit Kosten senkenden Prozessinnovationen nahm 2006 dagegen ab und liegt mit 14 Prozent so niedrig wie zuletzt 2003.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Mindestlöhne sind ein Irrweg

Der Kampf gegen die Ausweitung des Mindestlohns in Deutschland ist verloren. Für Briefzusteller gilt er seit Jahresbeginn, und zahlreiche weitere Branchen wollen und sollen ihn erhalten, sei es über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bei hinreichender Tarifbindung, sei es andernfalls über eine Novellierung des Gesetzes über die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen. Die Bundesregierung begeht damit einen wirtschaftspolitischen Fehler.

Wie es weitergeht, ist unschwer abzuschätzen. Die mit den Mindestlöhnen einhergehenden Arbeitsplatzverluste werden wahlweise unsolidarischen Unternehmen, die ihre Schwierigkeiten skrupellos auf dem Rücken der Beschäftigten austragen, oder gleich einem vermeintlich unfähigen marktwirtschaftlichen System zugeschrieben. Die eigentlich Verantwortlichen jedenfalls werden ihre Hände in Unschuld waschen und ein teures, aber unwirksames arbeitsmarktpolitisches Programm nach dem anderen einfordern. Deshalb ist es wichtig, nochmals die Argumente pro Mindestlohn zu widerlegen.

Bemäntelt werden Mindestlöhne meist sozialpolitisch, nämlich dass man von einem Stundenlohn von drei Euro nicht leben könne. Dieses Argument ist wissentlich irreführend. Niemand braucht von solchen Stundenlöhnen zu leben, weil es hierzulande eine Mindesteinkommenssicherung gibt, und zwar in Form des aufstockenden Arbeitslosengelds II. Tatsächlich geht es beim Mindestlohn häufig um etwas ganz anderes, nämlich um die Abwehr unliebsamer, weil lästiger Konkurrenz, wie es beim Mindestlohn für Briefzusteller sehr deutlich geworden ist. Die Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG werden geschützt, die der Konkurrenten verdrängt oder vernichtet. Ohnehin im Vergleich zu ihren Konkurrenten durch Umsatzsteuerprivilegien begünstigt, lebt somit das beendete Briefmonopol der Deutschen Post AG durch die Hintertür faktisch wieder auf. Den Preis zahlen die Postkunden, denn das Briefporto könnte merklich niedriger sein, gäbe es auf diesem Markt einen funktionstüchtigen Wettbewerb. Das

Gegenbeispiel Deutsche Telekom AG liegt auf der Hand. Sie hat sich unter schmerzhaften Anpassungsprozessen dem Wettbewerb stellen müssen, und die Telefonartefarife belaufen sich heutzutage auf einen Bruchteil dessen, was bei dem früheren Monopolisten zu entrichten war.

Beschwichtigend werfen die Befürworter eines Mindestlohns ein, in anderen Ländern gebe es ebenfalls einen Mindestlohn, gleichwohl sei dort die Beschäftigungssituation erfreulich. Diese Beobachtung beweist überhaupt nichts. Wäre die Beschäftigung dort ohne Mindestlohn nicht vielleicht noch höher? Schlimmer noch, Frankreich stellt ein empirisch belegtes, prominentes Gegenbeispiel dar. Als seinerzeit der dortige Mindestlohn (SMIC) erhöht wurde, stieg die Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Jugendlicher markant an. Die gewalttätigen Unruhen arbeitsloser französischer Jugendlicher sind bekannt.

Schließlich wird vorgetragen, ohne Mindestlohn würden die Unternehmen flächendeckend Lohndrückerei auf Kosten des Sozialstaats betreiben und deshalb sei ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von lediglich 4,50 Euro als das kleinere Übel zielführend. Das Argument ist wenigstens diskussionswürdig, hält einer kritischen Prüfung indes ebenso wenig stand. Glaubt jemand im Ernst, es bliebe bei 4,50 Euro? Spätestens im nächsten Wahlkampf würde er eines Besseren belehrt. Was die behauptete scharenweise Ausbeutungsstrategie anbelangt, so müssten sich die Unternehmen angesichts der damit verbundenen Gewinne geradezu um die (gering qualifizierten) Arbeitnehmer reißen, mit der Folge steigender Löhne. Im Einzelfall mag es eine solche Lohndrückerei durchaus geben. Aber darauf mit der Keule Mindestlohn einzuschlagen, führt zu ganz erheblichen Kollateralschäden. Ganz abgesehen davon, dass schwarze Schafe unter den Unternehmen andere Mittel und Wege der Bereicherung auf Kosten der Sozialkassen finden.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008